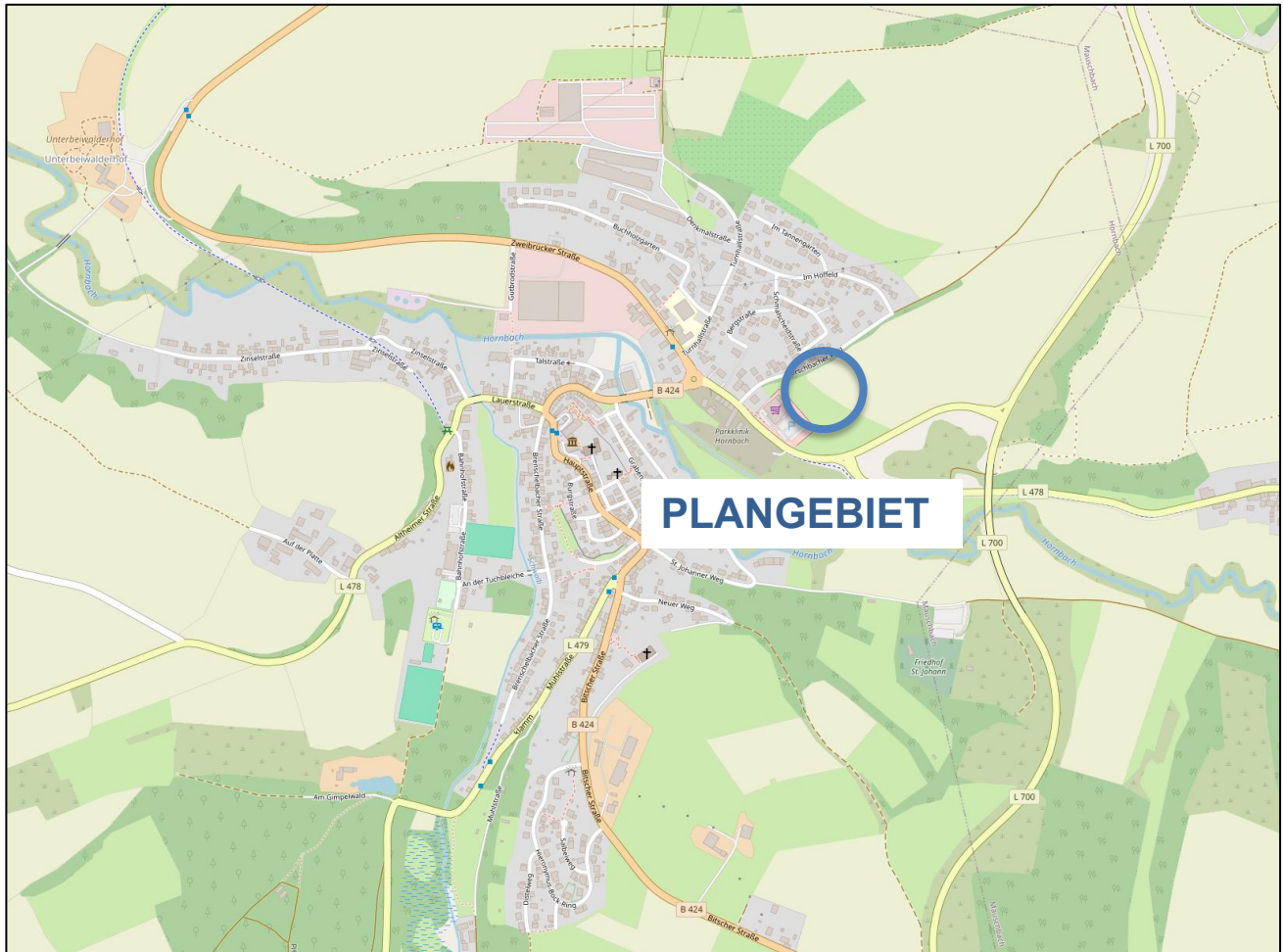




50. Teiländerung des Flächennutzungsplans im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans „Südlich Kirschbacher Weg“



Quelle: www.openstreetmap.de, ohne Maßstab, genordet

Begründung

Stand:

Entwurf zur
frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs 1 BauGB)
frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Bearbeitet für die Verbandsgemeinde Zweibrücken Land
Völklingen, im Februar 2025



INHALT

1	VORBEMERKUNGEN / ZIEL DER PLANUNG	3
2	LAGE IM RAUM	4
3	ÜBERGEORDNETE PLANUNGEN	5
4	BESTANDSSITUATION	6
5	DARSTELLUNGEN	9
6	PRÜFUNG VON PLANUNGSAalternativen	9
7	AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG – ABWÄGUNG	10
8	GEPLANTE INHALTE DES UMWELTBERICHTES	12

1 VORBEMERKUNGEN / ZIEL DER PLANUNG

Ziel und Anlass der Planung

Gemäß § 1 Abs. 3 S. 1 BauGB hat die Gemeinde die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Im vorliegenden Fall ergibt sich die Erforderlichkeit aus der Planungsabsicht der Herstellung unterschiedlicher Gemeinbedarfseinrichtungen um zu einer qualitativen Ausstattung der Daseinsvorsorge im sozialen und gesundheitlichen Bereich beizutragen.

Die Fläche ist bereits erschlossen, der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 2,1 ha.

Die wesentliche Zielsetzung der 50. Teiländerung des Flächennutzungsplans (FNP) liegt in der Herstellung der planungsrechtlichen Voraussetzungen, Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Bereich der Kinderbetreuung sowie der Pflege- und Patientenversorgung am „Kirschbacher Weg“ zu realisieren. Der wirksame Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land stellt bislang Flächen für die Landwirtschaft dar, die im Rahmen der vorliegenden FNP-Teiländerung in ihrer Darstellung an die beabsichtigte Entwicklung angepasst werden sollen.

Der Kirschbacher Weg, der auch Teile des nördlich vom Plangebiet liegenden Wohngebietes erschließt, ist im Flächennutzungsplan ebenfalls noch zu Teilen als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Dieser wird für den von der Bauleitplanung „Südlich Kirschbacher Weg“ betroffenen Bereichs in den Geltungsbereich der Teiländerung des Flächennutzungsplans integriert.

Zur Erreichung des Planungsziels ist sowohl die Aufstellung des Bebauungsplanes als auch die Teiländerung des Flächennutzungsplanes, erforderlich.

Verfahren

Der Rat der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land hat den Beschluss zur 50. Teiländerung des Flächennutzungsplans gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.

Die Teiländerung des FNP wird im regulären Verfahren mit allen erforderlichen Verfahrensschritten einschließlich der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt sowie ein Umweltbericht nach § 2a BauGB erstellt.

Die Aufstellung der FNP-Teiländerung erfolgt im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 Satz 1 zur Aufstellung des Bebauungsplans „Südlich Kirschbacher Weg“ damit das Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB erfüllt werden kann.

Gemäß § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB i.V. m. § 17 UVPG ist im Aufstellungsverfahren zu Bauleitplänen eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und beschrieben werden. Die Ausarbeitung des Umweltberichtes erfolgt nach der Durchführung der frühzeitigen Beteiligungsschritte bzw. der nach § 4 Abs. 1 BauGB einzuholenden Aussagen zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung. Die geplanten Inhalte des Umweltberichtes sind Kapitel 8 zu entnehmen.

Zudem wird der erste Prüfschritt (Relevanzprüfung) der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) gem. § 44 BNatSchG durchgeführt der als Anlage den

Planunterlagen beigelegt ist.

*Rechtliche
Grundlagen*

Den Darstellungen und dem Verfahren der Teiländerung des Flächennutzungsplans liegen im Wesentlichen die auf dem Plan verzeichneten Rechtsgrundlagen zugrunde.

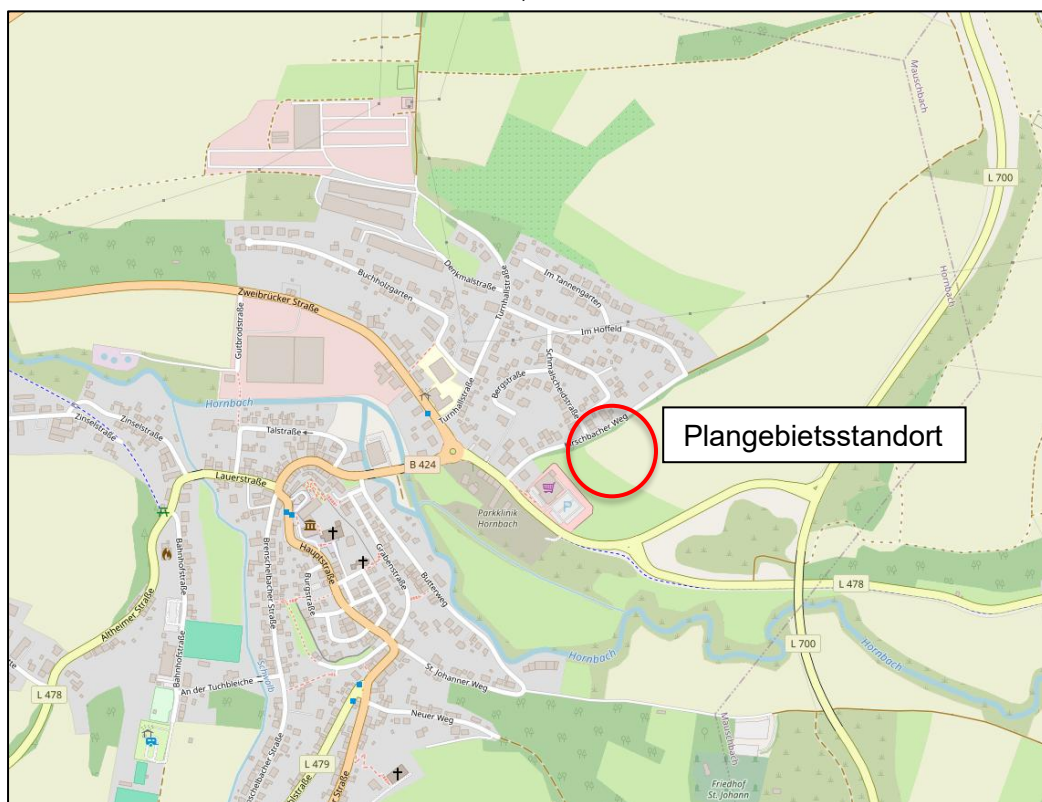
Bearbeitung

Die agstaUMWELT GmbH, Arbeitsgruppe Stadt- und Umweltplanung, Haldenweg 24, 66333 Völklingen, wurde mit der Erarbeitung des Bebauungsplanes, des Umweltberichts und der parallelen Teiländerung des Flächennutzungsplans beauftragt.

2 LAGE IM RAUM

Lage im Raum

Das Plangebiet befindet sich im Osten der Stadt Hornbach auf landwirtschaftlichen Flächen, nördlich der B424 und schließt an den derzeitigen Siedlungsrand an. Die Fläche hat eine Größe von rd. 2,1 ha.



Quelle: www.openstreetmap.de, ohne Maßstab, genordet

Erschließung

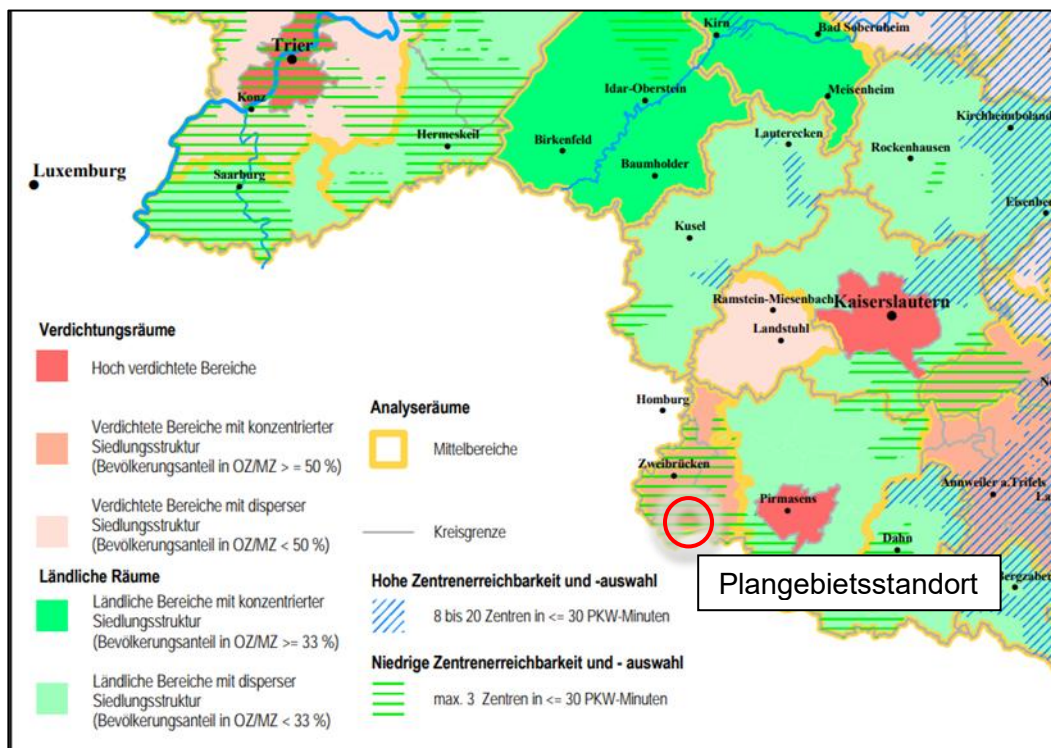
Die Fläche ist über den Kirschbacher Weg im Norden an das örtliche und über die daran anschließende B424 (und die L700) an das überörtliche Straßennetz angeschlossen. Über die beiden Bus-Haltestellen an der Pirmasenserstraße in ca. 250m Laufdistanz zum Plangebiet ist die Erreichbarkeit des ÖPNV gegeben.

Für die Entwässerung des Plangebietes ist ein Trennsystem vorgesehen. Gegebenenfalls kann ein Anschluss des Niederschlagswassers an das bereits im Rahmen der sich in Aufstellung befindenden Bauleitplanung „Oben am Kirschbacher Weg“ geplante Regenrückhaltebecken südlich des Plangebietes erfolgen.

3 ÜBERGEORDNETE PLANUNGEN

LEP IV

Die Stadt Hornbach als Teil der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land befindet sich innerhalb des Landkreises Südwestpfalz mit einem räumlichen Bezug zum Mittelzentrum und Zentralen Ort Zweibrücken. Im Landesentwicklungsplan (LEP) IV aus dem Jahr 2008 wird die Stadt Hornbach dem monozentralen Mittelbereich Zweibrücken und dem verdichteten Bereich mit konzentrierter Siedlungsstruktur zugeordnet. Dabei liegt Hornbach in einem Bereich mit niedriger Zentrenreichtbarkeit und -auswahl.



Ausschnitt aus dem LEP IV

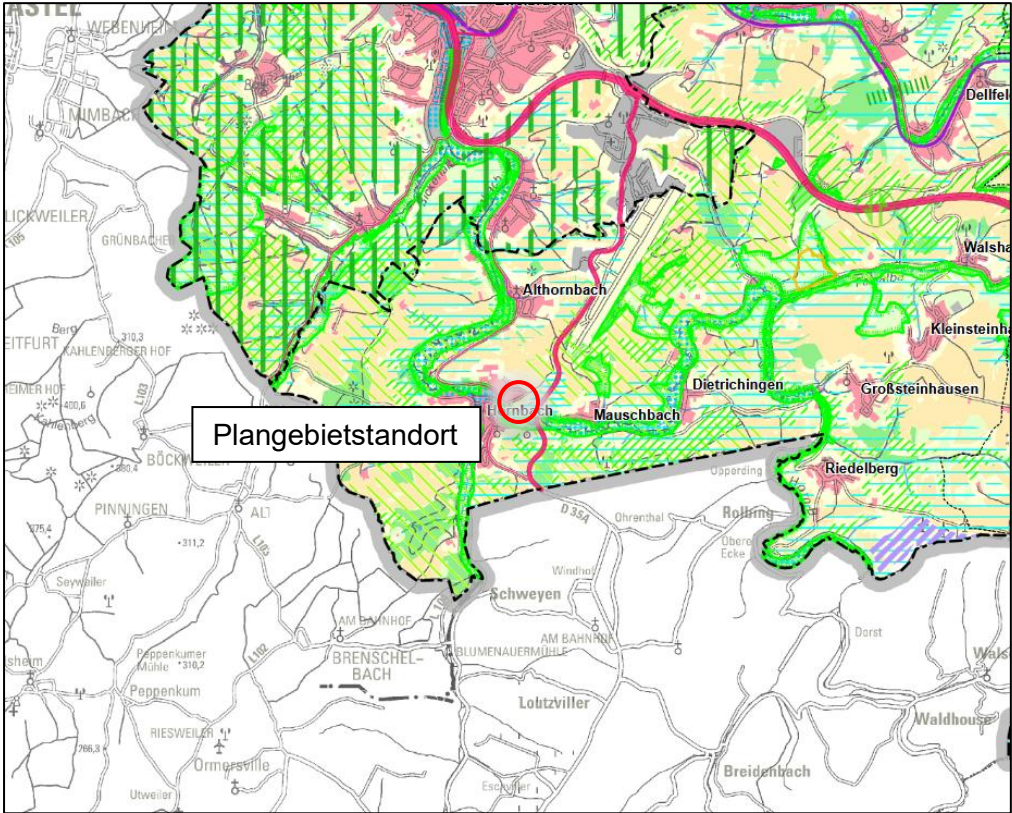
Quelle: Ministerium des Inneren und für Sport, Rheinland Pfalz; Landesentwicklungsprogramm (LEP IV), 2008, S. 40.

Die Planung ist insbesondere mit Ziel 3 (Z 50) des LEP IV konform: „Zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes sind Erreichbarkeiten und Qualitäten von Einrichtungen der Daseinsvorsorge unter besonderer Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und der Sicherung wirtschaftlicher Entwicklungschancen gemeinsam von Land und Gebietskörperschaften zu gewährleisten.“

Der LEP IV enthält nach derzeitiger Kenntnis keine der Planung entgegenstehenden Aussagen und Ziele.

RROP

Gemäß RROP Westpfalz befindet sich das Plangebiet innerhalb „Sonstiger Freiflächen“. Das Plangebiet befindet sich nicht innerhalb von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten. Westlich des Plangebietes befinden sich sog. „Siedlungsflächen Wohnen“. Östlich des Plangebietes befindet sich ein „Vorranggebiet für die Sicherung des Grundwassers (Z36)“. Es ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht davon auszugehen, dass die vorliegende Planung Ziel 36 des RROP widerspricht.



Ausschnitt aus dem ROP Westpfalz
Quelle: Planungsgemeinschaft Westpfalz, Regionaler Raumordnungsplan Westpfalz IV, 2011

4 BESTANDSSITUATION

Die Bestandssituation und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Planung lassen sich im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

Themenbereich	Kurzbeschreibung	Handlungsbedarf im Rahmen der Teiländerung des FNP
Vorhandene Nutzung Zulässige Nutzungen	Das Plangebiet wird landwirtschaftlich als Ackerland / Grünland genutzt. Im Randbereich des Plangebietes in Richtung des Kirschbacher Weges finden sich auch größere Gehölze und Gebüschstrukturen. Angrenzend an die Landwirtschaftsflächen am nördlichen Rand innerhalb des Plangebietes verläuft der Kirschbacher Weg für den aktuell ein Ausbau geplant ist. Aufgrund der Lage im Außenbereich und der Darstellungen im rechtsgültigen Flächennutzungsplan sind derzeit nur Nutzungen gem. § 35 BauGB zulässig.	Änderung der Darstellungen des Flächennutzungsplans.
Umgebende Nutzungen	Nördlich des Kirschbacher Weges schließt ein Siedlungsbereich an der überwiegend von Wohnnutzung geprägt ist. Westlich bzw. südwestlich des Plangebietes befindet sich ein bestehender Lebensmittelmarkt (Wasgau), der über die B424 erschlossen ist. Jenseits der B424 in ca. 130 m Entfernung zum Plangebiet befindet sich die sog. „Parkklinik“ für deren Erweiterung der Patientenunterkünfte vorliegend die planungsrechtlichen	Entsprechende Darstellungen von Nutzungen, die eine konfliktfreies Nebeneinander mit den Bestandsnutzungen ermöglichen.

	<p>Voraussetzungen geschaffen werden soll.</p> <p>Ansonsten ist das Plangebiet von weiteren landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben die sich zwischen dem Plangebiet und den östlichen verlaufenden überörtlichen Verkehrswegen (B424 und L700) befinden.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich zudem westlich der Einflugschneise des Flughafens Zweibrücken, dessen Landebahn ca. 1.3km nordöstlich des Plangebietes beginnt. Gem. der dritten Teilfortschreibung des RROP Westpfalz ist „der Verkehrsflughafen Zweibrücken zu einem Sonderlandeplatz abgestuft worden“. Der kommerzielle Linienverkehr ist daher derzeit eingestellt.</p>	
Geologie / Boden / Fläche	<p>Laut Bodenkarten des Landesamtes für Geologie und Bergbau zur Bodenart bestehen die Böden des Plangebietes aus lehmigem Sand.</p> <p>Die Flächen im Geltungsbereich sind landwirtschaftlich geprägt und bislang unversiegelt. Es ist davon auszugehen, dass durch die anthropogene Nutzung als Acker und Grünland eine Einschränkung der natürlichen Bodenfunktionen bereits zum Teil eingetreten ist</p>	/
Wasser	<p>Es sind keine Oberflächengewässer innerhalb des Geltungsbereiches vorhanden. Der Hornbach (Gewässer 2. Ordnung) befindet sich ca. 250m westlich / südlich des Plangebietes</p> <p>Das Plangebiet befindet sich nicht innerhalb von nachrichtlichen oder festgesetzten Überschwemmungsgebieten. Die in der Gewässerkarte des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität angegebenen „Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten“ stellen ebenfalls kein Gefahrenpotential für das Plangebiet dar.</p> <p>Es werden keine Wasserschutzgebiete vom Plangebiet berührt.</p> <p>Aus der Sturzflutgefahrenkarte des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität ist keine direkte Gefährdung für das Plangebiet von einer Sturzflutentstehung abzuleiten. Ein Bereich der bei extremem Starkregen Wassertiefen bis zu 30cm aufweisen kann, schließt sich östlich an das Plangebiet an. Ebenfalls ist der Kirschbacherweg als Notabflussweg eingezeichnet.</p>	/
Klima	<p>Es ist davon auszugehen, dass das Plangebiet aufgrund seiner Ausprägung als Acker-/Grünland positiv zum Kleinklima beiträgt. Je nach Grad der Bewirtschaftung können sowohl positive als auch negative Effekte auf das Kleinklima eintreten. Dabei sind Grünlandflächen aufgrund der meist dauerhaften Vegetationseindeckung positiver für das Kleinklima als gepflügter Boden von Ackerflächen.</p>	/
Artenschutz / Biotoptypen	<p>Eine Ergänzung zum Artenschutz und der Biotoptypen erfolgt im Laufe des Verfahrens nach Überprüfung der örtlichen Strukturen.</p>	Festsetzung von in der saP vorgeschlagenen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen.

		Festsetzung zur Grünordnung (u.a. Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, Festsetzung einer Grünfläche)
Schutzgebiete / -objekte	<p>Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine Naturschutzgebiete, geschützten Biotope, Naturparks, Landschaftsschutzgebiete, Landschaftsdenkmale, Gebiete des europäischen Biotopverbundes oder Natura 2000 Gebiete (FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete) innerhalb oder angrenzend an das Plangebiet vorhanden.</p> <p>Das nächstgelegene Natura 2000 Gebiet (FFH-7000-110 und VSG-7000-043) befindet sich ca. 80m südlich des Plangebietes, jenseits der B424 innerhalb der Flussaue des Hornbachs.</p>	/
Orts- und Landschaftsbild / Erholung	<p>Das Orts- und Landschaftsbild ist geprägt von den landwirtschaftlichen Offenlandflächen sowie dem dörflichen Siedlungsbereich (Ein- und Zweifamilienhausbebauung, Lebensmittelmarkt)</p> <p>Das Plangebiet erfüllt keine dedizierte Erholungsfunktion.</p>	Entsprechende Darstellungen von Nutzungen, die eine Einfügen in das Orts- und Landschaftsbild ermöglichen.
Altlasten	Altlasten für die überplante Fläche sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht bekannt.	/
Denkmalschutz	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine Kultur- und Bodendenkmäler innerhalb des Plangebietes vorhanden.	/
Störfallbetrieb (Seveso III)	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im weiteren Umfeld keine Störfallbetriebe vorhanden.	/

5 DARSTELLUNGEN

Darstellungen

Die geplanten Darstellungen werden im weiteren Verfahren ergänzt.



Ausschnitt aus dem wirksamen FNP der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land einschl. Geltungsbereich der 50. Teiländerung, genordet, ohne Maßstab

6 PRÜFUNG VON PLANUNGSAalternativen

Standortentscheidung Die Standortentscheidung basiert auf der planerischen Zielsetzung, die vorgesehenen Nutzungen zu realisieren. Innerhalb des Innenbereichs der Stadt Hornbach stehen keine ausreichend großen Flächen zur Verfügung, um die in der Planungskonzeption vorgesehenen Nutzungen umzusetzen. Die Wahl der vorliegenden Fläche gegenüber anderen potenziellen Außenbereichsflächen ergibt sich auch aus der aktuellen naturschutzfachlichen Bewertung, die hier vergleichsweise geringe Restriktionen aufweist. Zudem wurde die Fläche aufgrund ihres Siedlungsbezugs ausgewählt, insbesondere im Hinblick auf die Nähe zur Parkklinik, für die Patientenunterkünfte vorgesehen sind. Trotz ihrer Lage im planungsrechtlichen Außenbereich befindet sich die Fläche nahe dem Stadtzentrum und bietet eine gute Erreichbarkeit in Bezug zur geplanten Standortverlegung der Kindertagesstätte. Darüber hinaus sind die Eigentumsverhältnisse der betroffenen Flurstücke geklärt, sodass eine zügige Umsetzung der Planung zu erwarten ist. Insgesamt erweist sich die Fläche daher als besonders geeignet für die geplante Entwicklung.

0-Variante Die 0-Variante würde bedeuten, dass die Fläche in ihrem Zustand verbleiben würde und weiterhin für eine landwirtschaftliche Nutzung zu Verfügung steht.

7 AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG – ABWÄGUNG

Mit Realisierung der Planung sind Auswirkungen auf einzelne der in § 1 Abs. 6 BauGB genannten Belange zu erwarten. Diese Auswirkungen werden im Folgenden erläutert und in die Abwägung mit eingestellt. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Die Auswirkungen werden weitgehend durch Festsetzungen im Rahmen des parallel aufgestellten Bebauungsplanes bedingt, der als Planungsinstrument wesentlich konkreter wird.

Aufgrund der Darstellungen lassen sich folgende Auswirkungen erwarten, die im Rahmen der Abwägung zu betrachten und auf ihre Erheblichkeit hin zu bewerten sind.

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse / Verkehr

Von einer Beeinträchtigung der genannten Belange durch die vorliegende Planung ist nicht auszugehen. Die vorgesehenen Nutzungen können sich verträglich in das nähere bauliche Umfeld einfügen.

Durch die geplante Nutzung wird zusätzlicher Fahrverkehr induziert. Aufgrund des Anschlusses des Plangebietes an die B424 ist davon auszugehen, dass keine Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Straßennetzes entstehen.

Wohnbedürfnisse der Bevölkerung

Die Planung hat unter anderem die Herstellung temporären Wohnens für gesundheitliche Zwecke zum Ziel. Aufgrund des gesellschaftlichen Bedarfs und der allgemeinen Nachfrage nach gesundheitlichen und therapeutischen Dienstleistungen wird die geplante Nutzung der Herstellung von regulärem Wohnraum vorgezogen.

Soziale und kulturelle Bedürfnisse / Sport, Freizeit und Erholung

Die vorliegende Planung findet auf bislang landwirtschaftlich genutzten Flächen statt. Anlagen zur Erfüllung nebenstehender Bedürfnisse (Soziales, Kultur, Sport, Freizeit) sind innerhalb des Plangebietes bislang nicht vorhanden. Des Weiteren stellt sich die geplante Nutzung als konfliktarm für das Umfeld dar, womit auch angrenzend mit keinen Einschränkungen für die Erholungsfunktion in den privaten Rückzugsorten zu rechnen ist. Daher sind keine Beeinträchtigungen der nebenstehenden Belange zu erwarten.

Erhaltung/ Umbau vorh. Ortsteile / zentrale Versorgungsbereiche

Negative Auswirkungen auf die nebenstehenden Belange sind durch die vorhandene Planung nicht zu erwarten. Vielmehr trägt die geplante Nutzung im positiven Sinne zu einer Entwicklung der Stadt Hornbach bei, indem das Angebot der Daseinsvorsorge erweitert wird.

Denkmalschutz

Innerhalb des Geltungsbereiches sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine denkmalgeschützten Kulturgüter bekannt, weswegen davon ausgegangen werden kann, dass es zu keinen negativen Beeinträchtigungen im Zuge der Planung kommen wird.

Orts- und Landschaftsbild

Eine bauliche Entwicklung von Gemeinbedarfseinrichtungen am Ortsrand steht nicht im Widerspruch zu einer verträglichen Entwicklung des Orts- und Landschaftsbildes. Es sind innerhalb des Plangebietes keine stadtbildprägenden Dominanten vorhanden die überplant werden. Es sind daher keine negativen Beeinträchtigungen auf den Belang zu erwarten.

<i>Kirchen</i>	Die Belange des § 1 Abs. 6 Nr. 6 BauGB werden durch die Planung nicht beeinträchtigt.
<i>Natur und Umwelt</i>	Im Nachgang zu den frühzeitigen Beteiligungsschritten wird im Rahmen des Umweltberichtes eine Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung gem. §1a Abs.3 BauGB erstellt in der der durch die Planung induzierte Ausgleichsbedarf ermittelt wird sowie die weiteren natur- und umweltbezogenen Themen auf Ihre Betroffenheit untersucht.
<i>Belange der Wirtschaft / Arbeitsplätze</i>	Die Belange der Wirtschaft und der Arbeitsplätze werden durch die vorliegende Planung nicht erheblich beeinträchtigt. Das Plangebiet stand zwar bislang einer landwirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung, stellt aber nicht die einzige landwirtschaftliche Nutzfläche im Plangebietsumfeld dar auf der eine solche Entwicklung möglich ist.
<i>Personen- / Güterverkehr, Verteidigung / Zivilschutz</i>	Die Belange des § 1 Abs 6 Nr. 9 und 10 BauGB werden durch die vorliegende Planung nicht beeinträchtigt.
<i>Städtebauliche Planungen</i>	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine Widersprüche zu informellen, von der Gemeinde beschlossenen Planungen bekannt.
<i>Hochwasserschutz</i>	Auswirkungen auf den Hochwasserschutz sind nicht zu erwarten. Das Plangebiet befindet sich außerhalb von Überschwemmungsgebieten oder Hochwasser-Risikogebieten.
<i>Flüchtlinge</i>	Belange von Flüchtlingen werden durch die vorliegende Planung nicht berührt.

8 GEPLANTE INHALTE DES UMWELTBERICHTES

8.1 Vorbemerkungen

Gesetzgrundlagen

Gem. § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB i.V. m. § 17 UVPG ist im Aufstellungsverfahren zu Bauleitplänen eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen - auch in positivem Sinne - ermittelt und beschrieben werden.

Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, über die Ziele und Zwecke der Planung frühzeitig zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

Umweltbericht

Im Zuge der weiteren Planung wird gem. Anlage 1 des BauGB ein Umweltbericht (Ergebnisse der Umweltprüfung) gem. § 2a BauGB für den Bebauungsplan und die Teiländerung des Flächennutzungsplans verfasst, der die „voraussichtlichen unmittelbaren und mittelbaren Umweltänderungen und Auswirkungen auf die Schutzgüter“ durch die Planung beschreibt und bewertet.

Die Inhalte des Umweltberichtes werden im weiteren Verfahren ergänzt.

Spezielle Artenschutzprüfung

Gem. § 44 Abs. 5 BNatSchG ist die artenschutzrechtliche Prüfung im Zuge der Bauleitplanaufstellung bzw. -änderung (§ 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG) auf streng geschützte Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie auf europäische Vogelarten zu beschränken. Bei der Betroffenheit besonders geschützter Arten gem. BArtSchV liegt gem. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG kein Verstoß im Sinne des § 44 BNatSchG vor.

8.2 Einleitung

8.2.1 Projektbeschreibung

Es erfolgt eine zusammenfassende Beschreibung der Ziele und Darstellungen des Flächennutzungsplans im Zuge des weiteren Verfahrens.

8.2.2 Relevante Fachgesetze und Fachpläne

Das Baugesetzbuch enthält eine Reihe von naturschutzbezogenen Regelungen, Zielen und Vorgaben, die bei der Planung zugrunde zu legen sind. Darüber hinaus werden die relevanten Fachgesetze und Fachpläne im Zuge der weiteren Planung behandelt.

8.3 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen (Umweltprüfung)**8.3.1 Bestandsaufnahme und Bewertung sowie Maßnahmen zum Ausgleich**

Eine Beschreibung und Bewertung des Bestandes und der umweltrelevanten Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Umweltberichtes zu den Schutzgütern

- Mensch
- Flora, Fauna
- Landschaft
- Boden
- Wasser
- Klima
- Luft
- Kulturgüter / Sachgüter

sowie zu den Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern.

Eine Ergänzung erfolgt im Zuge des weiteren Verfahrens.

8.4 Zusammenfassung**8.4.1 Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben**

Im Rahmen der weiteren Planung werden im weiteren Verfahren diesbezüglich Aussagen ergänzt.

8.4.2 Monitoring (Maßnahmen zur Überwachung)

Es erfolgt eine Ergänzung im weiteren Verfahren.

8.4.3 Nichttechnische Zusammenfassung

Im Rahmen der weiteren Planung werden im weiteren Verfahren Aussagen ergänzt.